

Sechs Festnahmen: Massive Kontrollen auf Frankfurter Baustellen!

Zoll und Polizei haben in Frankfurt Baustellenkontrollen durchgeführt, was zu sechs Festnahmen wegen Verstößen gegen Sozialversicherungspflichten führte.



Frankfurt am Main, Deutschland - In Frankfurt gab es kürzlich eine großangelegte Kontrolle auf Baustellen und am Flughafen, die von mehr als 50 Beamten von Zoll und Polizei durchgeführt wurde. Hintergrund dieser Aktion sind Hinweise auf mögliche Verstöße gegen geltende sozialversicherungsrechtliche Meldepflichten. Dabei wurden in 61 Fällen Unregelmäßigkeiten festgestellt, was die Ermittler auf den Plan rief. Sechs Personen aus Ost- und Südosteuropa stehen im Verdacht, ohne die erforderlichen Aufenthaltspapiere zu arbeiten. Aufgrund schwerwiegender Vorwürfe, darunter auch eine bereits ausgesprochene Festnahme wegen einer nicht erfolgten Ausreise, wurden alle sechs Personen festgenommen, was auf eine besorgniserregende Lage in der Branche hindeutet,

die häufig von Schwarzarbeit betroffen ist. [ffh.de](https://www.ffh.de) berichtet, dass

Aber was sagt die rechtliche Grundlage zu diesen Erwartungen? Arbeitgeber in Deutschland sind gesetzlich verpflichtet, Prüfungen nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) zu dulden und aktiv zu unterstützen. Das bedeutet, dass sie den Beamten den Zugang zu ihren Grundstücken und Geschäftsräumen während der Arbeitszeit gewähren müssen. Auch die Arbeitnehmer haben bestimmte Pflichten. Sie müssen zum Beispiel Personalien angeben, mitgeführte Ausweispapiere vorlegen und Angaben zu ihren Beschäftigungsverhältnissen machen. [zoll.de](https://www.zoll.de) ergänzt, dass

Der Schatten der Schwarzarbeit

Die gegenwärtige Situation ist nicht isoliert. Im Jahr 2024 wurden allein in Deutschland rund 25.000 Arbeitgeberprüfungen durchgeführt, wobei Ermittlungen wegen Straftaten in nahezu 97.000 Fällen eingeleitet wurden. Bemerkenswert ist, dass diese Maßnahmen im Durchschnitt eine Schadenssumme von etwa 766 Millionen Euro aufdeckten. Die Schwerpunkte der Prüfungen liegen in lohnintensiven Branchen, die besonders anfällig für Ausbeutung und Schwarzarbeit sind.

[bundesfinanzministerium.de](https://www.bundesfinanzministerium.de) hebt hervor, dass

Die Ermittlungen, die in Frankfurt ein weiteres Kapitel durch die Festnahmen aufgeschlagen haben, sind nicht nur Ausdruck von Prävention, sondern auch der Notwendigkeit, ein Bewusstsein für faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Arbeitgeber, die ausländische Arbeitnehmer ohne die erforderlichen Genehmigungen beschäftigen, sowie solche, die gegen die vorgeschriebene Melde- und Sozialversicherungspflicht verstoßen, müssen mit erheblichen rechtlichen Konsequenzen rechnen.

Ein Aufruf zur rechtlichen Klarheit

Die aktuelle Lage fordert ein Umdenken in der Branche. Arbeitgeber müssen sich nicht nur um ihre eigenen rechtlichen Anforderungen kümmern, sondern auch für ihre Leiharbeiter die Auflagen zur Ausweismittführung sicherstellen und dokumentieren. Wer sich nicht an diese Vorschriften hält, wird mit Bußgeldern und anderen rechtlichen Schritten bestraft.

Die in Frankfurt festgenommenen Personen könnten Teil eines größeren Problems sein, dass grenzüberschreitende Formen der Schwarzarbeit betrifft, bei denen Arbeitgeber gezielt nicht nach den geltenden Gesetzen agieren. So schließen sich die Räder von Kontrolle und Verantwortung im Hinblick auf Beschäftigungsverhältnisse enger zusammen.

Details	
Ort	Frankfurt am Main, Deutschland
Quellen	• www.ffh.de • www.zoll.de • www.bundesfinanzministerium.de

Besuchen Sie uns auf: nag-hessen.de